

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 184 Anfrage Müller Guido und Mit. über Bildungsgutscheine / Bildungs- und Kulturdepartement

Guido Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Guido Müller: Ich bedanke mich bei der Regierung für die ehrliche Beantwortung meiner Fragen. Da man aber nur Diskussion verlangen kann, wenn man mit der Antwort teilweise zufrieden oder nicht zufrieden ist, bin ich mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Antworten der Regierung zeigen klar auf, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Sie zeigen aber auch die Folgeschäden unseres Bildungssystems und einer nicht gelungenen Integration unserer Migranten auf. Mit diesen Massnahmen werden vom Staat verursachte Fehlleistungen mit Steuergeldern finanziert. Wäre es nicht sinnvoller, unsere Steuergelder dazu zu verwenden, um das System anzupassen und zu optimieren, damit es in Zukunft keine Bildungsgutscheine mehr braucht? Es ist erfreulich, dass 57 Prozent der Teilnehmenden im Alter zwischen 30 und 49 Jahren sind und so das Erfordernis der stetigen Weiterbildung wahrnehmen. Jedermann mit Sprachniveau A2 kommt zu diesen Gutscheinen, denn es erfolgt kein entsprechender Niveau-Test. Es wird also nicht geprüft, ob diese Anforderungen überhaupt erfüllt werden. Das ist sehr bedenklich. 90 Prozent der Teilnehmenden sind fremdsprachig. Ist das die vielgerühmte qualifizierte Zuwanderung, mit einem Sprachniveau A2? Weiter erstaunt, dass 23 Prozent der Teilnehmenden über eine tertiäre Ausbildung A, also Universität, Pädagogische Hochschule oder Fachhochschule verfügen. Finanzieren wir hier nicht einfach die Weiterbildung von Personen, die bereits mit Steuergeldern gut ausgebildet wurden? Das Schlimmste kommt zum Schluss: Die Lernziele werden von den Kursanbietern selber definiert, es wird also nichts vorgegeben oder kontrolliert. Das ist kaum zu glauben. Es erfolgt auch keine Ausschreibung. So erzielt beispielsweise ein Anbieter über 233 000 Franken Umsatz. Das ist nicht weiter erstaunlich, wenn man weiss, dass 34 Prozent der Gutscheinempfehlungen der Kursanbieter selbst kommen. Ein erfolgreiches Geschäftsmodell: Bedürfnisse wecken, Bedürfnisse decken und mit Steuergeldern gute Gewinne erzielen. Das ist sehr fraglich. Auch die Kosten für den teuren Evaluationsbericht zu kennen wäre interessant. Darin wird ausgewiesen, dass die Finanzierung von Computerkursen 63 Prozent ausmacht. Aber das wird nicht entsprechend kommuniziert. Es geht also nicht um die Förderung der Grundkompetenzen, wie man es uns hier immer verkaufen will, sondern eben um Computerkurse. Und noch ein kleines Detail, das zu denken geben muss: 40 Prozent aller Kursteilnehmenden stammen aus der Stadt Luzern. Es besteht also Handlungsbedarf.

Nadine Koller-Felder: Ich bin der Auffassung, dass unsere Gesellschaft grosses Interesse

daran hat, Erwachsene zu stärken, die Defizite in den Grundkompetenzen aufweisen. Das trägt erheblich dazu bei, dass ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert und somit die sozialen Folgekosten gemildert werden. Die verschiedenen Förderungsmassnahmen sind zu begrüssen, sofern jedoch sichergestellt ist, dass auch ein entsprechender Nutzen erzielt wird. Ob die Ziele der Massnahmen auch tatsächlich erreicht werden, konnte ich der Antwort des Regierungsrates nicht wirklich entnehmen. Deshalb haben sich bei mir auch noch weitere Fragen ergeben. Zwar hat man ja 2019 aufgrund der Bildungsbedarfsanalyse im Kanton Luzern festgestellt, dass bei uns rund 45 000 Personen mangelnde Grundkompetenzen aufweisen. Konnten die getätigten Massnahmen zu einer Senkung der Anzahl Betroffenen beitragen? Das Ziel ist ja den Anteil an deutschsprachigen Personen zu steigern, die in der Schweiz die obligatorische Schulzeit besucht haben. Die im Herbst 2023 eingeführten LernLounges haben gemäss Aussage der Regierung eine Steigerung gebracht. Gemäss einem Bericht von 2022 kamen 67 Prozent der Gutscheinempfänger aus der Stadt, beziehungsweise der Agglomeration. Ich habe mich ebenfalls gefragt, wie es mit der Zielsetzung aussieht, die ländliche Bevölkerung besser zu erreichen und welche Bestrebungen dazu im Gang sind. Ausserdem haben sich bei mir auch Fragen zu den Betreuungsgutscheinen ergeben, die auf zwei pro Jahr beschränkt sind. Kann im folgenden Jahr wieder ein neuer Antrag gestellt werden oder gibt es eine Obergrenze? Falls nicht, sollte dies in Betracht gezogen werden.

Irina Studhalter: Ich möchte den zentralsten Satz aus der Antwort auf diese Anfrage vorlesen, gerne nochmals als Repetition für den Vorstösser selber: «[...] weil allein die fehlenden Lese- und Schreibkompetenzen schweizweit soziale Folgekosten von jährlich 1,32 Milliarden Franken pro Jahr verursachen.» 1,32 Milliarden Franken sind 1320 Millionen Franken, für diejenigen, die ihre Rechengrundkompetenzen nicht so gut beherrschen wie ich. So viele Kosten entstehen, weil Menschen ihr Potenzial nicht nutzen können. Das Gedankenspiel «was wäre, wenn das Heilmittel gegen Krebs in einem Kopf steckt von einem Kind, das nicht zur Schule gehen konnte?» ist zwar sehr zugespitzt, aber es funktioniert eben auch hier: Wie viel wertvolle und geschätzte Arbeit könnte geleistet werden, wenn Personen ihre Grundkompetenzen gut beherrschen würden? Sinn und Zweck dieser Anfrage sind mir ehrlich gesagt schleierhaft. Was bringt es uns zu wissen, ob die Nutzenden von Bildungsgutscheinen einen roten Pass haben oder einen anderen? Ob sie Schweizerdeutsch als Erstsprache haben oder eine andere Sprache? Die Teilnehmenden sind offenbar motiviert und wollen in ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt investieren. Was wollen wir noch mehr in Zeiten des Fachkräftemangels? Oder stört sich der Vorstösser etwa daran, dass sich Personen mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen um ihre eigene Integration bemühen? Das würde mich überraschen. Während wir hier im Saal über den Aufenthaltsstatus und die Erstsprache der Teilnehmenden sprechen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um unsere Unterstützung für die Bildungsgutscheine zu betonen. Es ist schön zu lesen, dass diese genutzt werden, dass LernLounges eröffnet wurden und die Zusammenarbeit mit bestehenden Weiterbildungsinstitutionen zu klappen scheint.

Urban Sager: Meine Vorrednerin, Irina Studhalter, hat abschliessend etwas sehr Wichtiges gesagt: Es ist unverständlich, dass diese Bildungsgutscheine kritisiert werden – notabene durch die Partei des Bildungs- und Kulturdirektors. Die Bildungsgutscheine sind einer der ganz grossen Erfolge des Kantons Luzern. Inzwischen interessieren sich auch sehr viele andere dafür und möchten wissen, wie dieses System funktioniert, weil der Effekt eben sehr gross ist. Man kann es auch beziffern, Guido Müller konnte in der Antwort des Regierungsrates lesen, wie viel Geld darin steckt, wenn man die Leute gezielt in ihren Grundkompetenzen fördert. Selbstverständlich sind Computerkurse eine Grundkompetenz. In jedem Inserat steht das oder eben nicht mehr, weil es eine Voraussetzung ist. Wenn Sie als

Arbeitgeber Personen einstellen, gehen Sie einfach davon aus, dass diese Computerkenntnisse haben. Dem ist aber nicht so, es gibt eben Personen ohne diese Kenntnisse. Genau dort setzt die ganz gezielte Massnahme auch an. Wir verstehen zudem überhaupt nicht, dass diese Diskussion auf dem Buckel von Menschen geführt wird, die eine tiefe Grundkompetenz haben und sich gezielt selber weiterbilden wollen, um an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist nur ein Teil davon. Darüber hinaus kommt für alle diese Menschen nämlich ein nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Wert hinzu, weil sie mit diesen gesteigerten Grundkompetenzen auch viel besser am Leben teilhaben können. Das ist auch für die SP ein ganz wichtiger Wert, der mit diesen Bildungsgutscheinen erreicht werden kann. Wie von Guido Müller vorgerechnet zählt man nun aber einfach Erbsen und setzt das Ganze in ein Verhältnis mit den Aufwendungen, kann aber nicht einmal genau messen, was damit geschieht. Es ist auf jeden Fall Fakt – und das legt die Regierung sehr schön dar –, dass wir gezielt die Menschen mit diesen Gutscheinen unterstützen, die darauf angewiesen sind. Wir sprechen hier also von einem Erfolgsmodell. Vielen Dank, dass das seitens der Regierung auch so ausgewiesen wurde.

Karin Andrea Stadelmann: Ich glaube, es ist wichtig und immer gut, wenn wir sehen, wo und wie diese Bildungsgutscheine eingesetzt werden. Die Antwort des Regierungsrates legt transparent dar, wer diese Bildungsgutscheine nutzt und wie sich das Angebot zusammensetzt. Es ist richtig, die Abgabe von Bildungsgutscheinen soll erwachsenen Personen im Kanton Luzern zugutekommen und vor allem ihre Arbeitsmarktfähigkeit stärken, wenn sie beim Lesen, Schreiben oder Rechnen grosse Defizite aufweisen. Wir alle möchten, dass in Zukunft möglichst viele Personen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und eine Arbeitsstelle finden. Den Zahlen aus der Antwort kann entnommen werden, dass es sich bei den Beziehenden der Bildungsgutscheine vermehrt um Personen handelt, die Deutsch als Fremdsprache haben. Man liest auch von der Regierung – und dies hebt sie sogar sichtbar hervor –, dass diesbezüglich noch etwas mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, damit auch Personen mit Deutsch als Erstsprache erreicht werden. Die Mitte-Fraktion regt deshalb an, dass man in Zukunft den Fokus etwas mehr darauflegt, den Nutzen dieser Bildungsgutscheine und auch die Qualität noch besser zu erheben und in Zukunft transparenter auszuweisen, wer die Gutscheine erhält. Deshalb macht es sicher Sinn, wenn man eben auch die Nationalität in die Erhebung integriert. Ansonsten ist die Qualität des Kursangebots sicher entscheidend von Bedeutung. Guido Müller hat grosse Kritik angebracht. Eine so grosse Kritik möchte die Mitte-Fraktion nicht anbringen. Wir sehen, dass Qualitätskriterien vorhanden sind, aber auch hier bietet es sich vielleicht an, diese Kurse einmal mehr zu evaluieren, um auch ein wenig mehr Transparenz zu schaffen in Bezug auf die Steuergelder, wie sie eingesetzt werden, aber auch, ob die Kurse qualitativ hoch sind. Ich glaube, damit könnte man einen sehr guten Kompromiss erzielen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Guido Müller, zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie der Regierung Ehrlichkeit attestieren, das ist doch ein schönes Kompliment. Es ist legitim, dass Sie sich Gedanken machen, wie die Struktur der Kundinnen und Kunden aussieht und ob das Instrument wirklich wirksam ist. Das ist ein absolut legitimes Interesse. Wir haben in der Antwort dargelegt, dass es ein gutes Instrument ist. Diesbezüglich kann ich die Aussagen von Irina Studhalter, Urban Sager und Karin Andrea Stadelmann ganz klar bestätigen. Es ist ein sinnvolles, effizientes Instrument, das gut funktioniert. Wir haben in der Antwort aber auch dargelegt, dass es durchaus Punkte gibt, bei denen wir Verbesserungen sehen. Das ist zum einen der Anteil der Fremdsprachigen, wie es Karin Andrea Stadelmann erwähnt hat. Diesbezüglich gibt es durchaus noch Verbesserungspotenzial, und dieses wollen wir auch

nutzen. Es ist ein niederschwelliges Angebot und es soll auch ein niederschwelliges Angebot bleiben. Oder anders gesagt: Wir sind froh um jede Person, die sich bereit erklärt, ihre Kernkompetenzen verbessern zu wollen. Der Nutzen steht ganz klar im Vordergrund. Deshalb stehen Fragen über eine Rationierung oder ob jemand zu viel konsumieren könnte nicht im Vordergrund. Vom Betrag und vom Volumen her befinden wir uns an einem kleinen Ort. Die Eigenleistung dieser Personen ist immer viel grösser, als das, was wir als Staat mit diesen Bildungsgutscheinen letztlich noch dazugeben. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier keine Fehlentwicklungen sehen. Das Instrument als niederschwelliges Instrument gut funktioniert und hat auch andere Kantone überzeugt. Wir dürfen diese Bildungsgutscheine auch in anderen Kantonen ausrollen. Guido Müller macht Handlungsbedarf geltend. Bei den Fremdsprachigen sehe ich tatsächlich Handlungsbedarf. Aber namentlich bei den Ausschreibungen sehe ich keinen Handlungsbedarf, weil sie den Vorgaben entsprechen. Zudem sind die Kurse nicht ausschreibungspflichtig, deshalb werden wir daran auch nichts ändern. Es wird immer im Vordergrund stehen, dass wir um jede Person froh sind, die ihre Grundkompetenzen stärken will. Das ist gut für die Wirtschaft, das ist gut für die Gesellschaft, das ist aber insbesondere auch gut für diese Menschen, die damit ihre Integration verbessern können, und das ist auch das erklärte Ziel von Regierung und Parlament.